

# Merseburger Kreisblatt



**Abonnementübersicht:** Vierteljährlich bei den Auskäufern 1,20 M., in den Ausgabezeiten 1 M., beim Postbezug 1,50 M., mit Postgelde 1,92 M. Die einzelne Nummer wird mit 15 Pf. berechnet. — Die Expedition ist an Wochentagen von früh 7 bis abends 7, an Sonntagen von 8<sup>1/2</sup> bis 9 Uhr geöffnet. — **Sperrklausel:** der Redaktion abends von 6<sup>1/2</sup> bis 7 Uhr. — Telefonnr. 274.

**Werbungsgebühren:** Für die halbjährige Korpuszeile oder deren Raum 20 Pf., für Privat- in Merseburg und Umgegend 10 Pf. Für periodische und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung. Kompletter Satz wird entsprechend höher berechnet. Preisen und Reklamen außerhalb des Inlandtarifs 40 Pf. — **Sämtliche Annoncen-Bureaus** nehmen Inserate entgegen. — Telefonnr. 274.

## Tageblatt für Stadt und Land

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikationsorgan vieler anderer Behörden.)

Die Redaktion verantwortl. Rudolf Heine. **Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.** Druck und Verlag von Rudolf Heine, Merseburg

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokal-Nachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 76

Dienstag, den 31. März 1914.

154. Jahrgang

### Regierung und Befoldungsnoelle.

Der Bundesrat scheint entschlossen zu sein, an dem „Unannehmbar“, das Staatssekretär Kühn in der Budgetkommission des Reichstages den weitergehenden Anträgen der bürgerlichen Parteien zur Befoldungsnoelle entgegensetzt, unter allen Umständen festzuhalten. Selbstamtlich wird geschrieben:

„Aber die Gehaltsaufbesserung einzelner Beamtenklassen ist bei der Beratung der Befoldungsnoelle in der Budgetkommission des Reichstages eine Verständigung bisher leider nicht erzielt worden. Auch die in der Tagespresse verbreitete Nachricht, es stehe zwischen der Reichsleitung und den Parteien des Reichstages eine Einigung auf der Grundlage in Aussicht, daß die Verbündeten Regierungen einer Aufbesserung der gehobenen Beamten zustimmen würden, der Reichstag dagegen die übrigen Beschlüsse der Kommission rückgängig machen werde, entspricht nicht den Tatsachen. Daß die Verbündeten Regierungen trotz aller Bedenken, die gegen jede Veränderung des Befoldungsgesetzes sprechen, bemüht sind, Härten auszugleichen und berechnete Wünsche der Beamten zu erfüllen, haben sie durch die Einbringung der Noelle bewiesen. Es ist aber zurzeit für sie nach Lage der Sache ganz ausgeschlossen, über die in der Noelle gezogenen Grenzen hinauszugehen. Jede Änderung der Befoldungsordnung über die nach eingehendster Prüfung als notwendig erkannten Vorschläge hinaus würde, abgesehen von den finanziellen Wirkungen, nicht nur für andere Beamtenklassen des Reichs, sondern auch für die Bundesstaaten und Gemeinden weitere Folgenherausverursachen, die zurzeit garnicht zu übersehen sind. — Sollen daher die in der Noelle berücksichtigten Beamten noch im Laufe des Rechnungsjahres 1914 in den Gehalt der ihnen zugeordneten Bezüge gelangen, so ist dies nur unter der Voraussetzung möglich, daß der Reichstag sich die gleiche Beschränkung auferlegt, wie es die Verbündeten Regierungen getan haben.“

### Die Konkurrenzklause.

Offiziös schreiben die „Berlin. Polit. Nachrichten“: Der einmütige Beschluß der bürgerlichen Parteien des Reichstages mit Rücksicht auf die von dem Staatssekretär des Reichsjustizamts namens der verbündeten Regierungen abgegebene Erklärung, die zweite Fassung des Konkurrenzklausegesetzentwurfs bis nach der Osterpause zu vertragen, ist offensichtlich dahin zu deuten, daß die Kommissionsbeschlüsse, soweit sie der Vertreter der Reichsregierung als unannehmbar bezeichnet hat, fallen gelassen und die entsprechenden Bestimmungen der Regierungsvorlage, die ohnehin schon in verschiedenen Punkten bedeutliche Änderungen erfahren hat, wiederhergestellt werden.

Mit ihrem Unannehmbar gegenüber den Beschlüssen der Kommission bezüglich der Gehaltsgrenze und der Erfüllungsklausel sind die verbündeten Regierungen nur dem in der Begründung der Vorlage ausgesprochenen Grundsatze treu geblieben, daß bei allem Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Handlungsgehilfen, denen in der Tat die Vorlage sehr wesentliche Vorteile bringt, auch die Interessen der Angestellten gewahrt werden müssen und nicht zugunsten der Angestellten, was zweifellos einträte, wenn die Kommissionsbeschlüsse Gesetz würden, aufgeopfert werden dürfen.

Inwieweit hat also der Staatssekretär des Reichsjustizamts die Interessen des Unternehmens im Sinne der bei der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs aufgestellten Gesichtspunkte gewahrt.

Um so mehr muß es Befremden erregen, daß der Staatssekretär, gewissermaßen auch das Plenum des Reichstages einem Bericht auf die beiden für die Regierung unannehmbaren Forderungen der Kommission (Erhöhung der Gehaltsgrenze von 1500 M. auf 1800 M. und Beseitigung des Rechts des Prinzipals auf vollständige Erfüllung der Konkurrenzklause) geneigt zu machen, seine namens der verbündeten Regierungen abgegebene Erklärung mit der Mitteilung abschloß, daß nach dem Zustandekommen der Konkurrenzklause-Vorlage eine Neuregelung der Konkurrenzklause-Verhältnisse der technischen Angestellten in Angriff genommen werden sollte. Bedauerlicherweise hat, soweit aus den vorliegenden Sitzungsberichten ersichtlich, keiner der Redner zu dieser wichtigen Mitteilung des Staatssekretärs Stellung genommen.

Die Aufwindung muß um so mehr Verwunderung erregen, als sie zu der erst vor wenigen Wochen im Reichstag abgegebenen Erklärung des Staatssekretärs des Reichsjustizamts absondern, daß der Industrie und dem Gewerbe in der nächsten Zukunft Ruhe gelassen werden müsse, um mit den zahlreichen neuen gesetzgeberischen Befolgungen und Verpflichtungen der

letzten Jahre sich einigermaßen abfinden zu können, in einem auffallenden Widerspruch zu stehen scheint. Es kann nicht dem mindesten Zweifel unterliegen, daß sehr weite und für unser vaterländisches Wirtschaftsleben wichtige Industrie- und Gewerbetreibende ganz außerordentlich beunruhigt werden müßten, wenn an die Stelle der selbständigen Entscheidungsfreiheit, mit der gegenwärtig Abreden und Vereinbarungen zwischen Unternehmern und technischen Angestellten getroffen werden, gesetzliche Vorschriften, die einseitig zugunsten der Angestellten wirken, treten würden. Deshalb müßten in der Industrie durch die Absicht, der im Gange befindlichen Regelung der Konkurrenzklause-Verhältnisse für die Handlungsgehilfen eine solche für die technischen Angestellten folgen zu lassen, schwere Besorgnisse ausgelöst werden.

### Die Wahl in Borna-Begau und die „Norddeutsche“.

\* Berlin, 28. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zu dem Wahldurchfall des Generals von Liebert: „Die Stichwahl von Borna-Begau hat mit dem Siege des Sozialdemokraten über den bisherigen Vertreter des Wahlkreises, den Freikonfessionar von Liebert, geendet, ein Ergebnis, das in nationalen Kreisen bedauert werden muß. In der Hauptwahl waren für von Liebert 8640 und für einen nationalliberalen Kandidaten etwa 6500, im ganzen also über 15 000 bürgerliche Stimmen gegenüber etwas über 12 000 sozialdemokratische abgegeben, und da die Nationalliberalen, die den überwiegenden Teil jener 6500 Stimmen gestellt hatten, sofort eine eingehende Stichwahlparole zu Gunsten von Lieberts ausgaben und offenbar auch befolgt haben, so hätte es kaum mehr als bloßer Stimmhaltung des freikonfessionar Restes bedurft, um dem bürgerlichen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Nicht einmal hierzu hat sich die freikonfessionar Wählererschaft verstehen können, sondern ist ihrer großen Mehrzahl nach für den Umstürzer eingetreten.“

Nur auf solche Weise kann der Zuwachs von etwa 2250 Stimmen, den dieser erhalten hat, erklärt werden. Zurückzuführen ist dieses Verhalten auf die Winke, die von dem partei-offiziösen Berliner Blatt, also doch wohl von der Berliner freikonfessionar Parteileitung, ausgegangen sind. Der Gegensatz zwischen Rechts und Links bei den bürgerlichen Parteien muß dadurch eine verhängnisvolle Verschärfung erfahren. Es kann nicht unannehmbar, daß die Organe der Rechten dem Freikonfessionar jede Wahlhilfe für die Zukunft aufkündigen, daß sie ihn ein für allemal mit der Sozialdemokratie in einen Topf werfen wollen. Wenn die Sozialpartei die Unterfütterung der Umstürzer zum ständigen Wahlparole zu machen gedenkt, so hört vom Standpunkt der staatsrechtlich-politischen in der Tat jedes Interesse daran auf, Fortschrittler und Sozialdemokraten im Wahlkampf untereinander zu behandeln. Für die Folgen mag sich dann der Freikonfessionar bei der eigenen Parteileitung bedanken; daß er dabei Gefahr läuft, immer mehr zu einem Anhänger der sozialdemokratischen Partei zu werden, liegt auf der Hand. Wie sich die in Richterschen Traditionen großgewordenen fortschrittlichen Politiker mit dieser Entwicklung abfinden wollen, warten wir ab. Die hochmütige, oft geradezu geringschätzige Behandlung dieser Partei durch die sozialdemokratische Presse zeigt ihnen fast täglich, daß sie nicht mehr viel Zeit zu verlieren haben.“

### Kuhhandelsgelüste des Fortschritts.

Mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit betont das „Berliner Tageblatt“, als der eigentliche „Sieger“ von Borna-Begau gegenüber dem lärmenden Triumphprauch der Sozialdemokratie, daß der einbildendste Genosse nur durch die liberalen Stimmen in den Reichstag gekommen sei. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, den „Vorwärts“, sichts das nun nicht weiter an, wenn er auch seine im ersten Übermaß der Freude ausgesprochene Behauptung, die Sozialdemokratie habe „aus eigener Kraft“ den Sieg errungen, ein wenig einzufürzen versucht und heute als verblüffender Redenköstler herausstieft, 1000 Liberale hätten zwar ihre Pflicht durch Abgabe der roten Stimmzetteln erfüllt, die übrigen, die Mehrheit des sozialistischen Kandidaten ergebenden 1250 Stimmen seien aber durch Mobilmachung von eigenen Reservisten aufgebracht worden.

Diese Verdrehung der Tatsachen, denn bekanntlich bringt die Sozialdemokratie stets schon im ersten Wahlgange ihre Getreuen bis auf den letzten Mann an die Wahlurne und außerdem hat die Wahlbeteiligungsziffer am Stichwahltag einen kleinen Rückgang erfahren, ist dem „Berliner Tageblatt“ na-

türlich sehr unangenehm, vor allem, weil es sich um seinen Lohn betrogen sieht. Nicht umsonst rüdt es die Verdienste des Freikonfessionars und auch des Linksnationalliberalismus um die Wahl des „Genossen“ Kuffel in ein bengalisches Licht, es will die gegenwärtige durch die Ungültigkeitserklärung des Mandats des konfessionar Abg. Hoeßel geschaffene Lage ausnützen, um seinem ersten politischen Ziel, der Schwächung der Reichstags-rechten, nachzugehen. Und aus diesem Grunde geht sein Loblied von der politischen Einsicht der den „Genossen“ wählenden nationalliberalen Wähler fast bis an die Grenze der Selbstverleugung, um den Sozialdemokraten zu zeigen, was bei der bevorstehenden Stichwahl in Stendal-Osterburg ihre Pflicht sei, nämlich dem nationalliberalen Kandidaten ihre Wahlhilfe zu leisten und somit den Konfessionar den endgültigen Verlust des Mandats bezubringen. Also ein richtiger Kuhhandel: Borna den Sozialdemokraten — Stendal-Osterburg dem linken Flügel der Nationalliberalen.

Und die Kandidatenfrage im letzteren Wahlkreise ist bereits dem Beschlusse des Tageblatts entsprechend gelöst, indem die Nationalliberalen endgültig auf die Aufstellung des bisherigen, der geschäftigen Richtung angehörenden Kandidaten F u h r m a n n verzichtet und statt dessen bereits den mehr linksstehenden preußischen Landtagsabgeordneten W a c h s o r f t d e W e n t e offiziell als Kandidaten proklamiert haben. Mit seinem Liebeswerben um die Gunft und die Stimmen der Sozialdemokraten bei dieser Stichwahl hat der fortschrittliche Nationalliberalismus bei den Genossen bisher noch wenig Glück gehabt. Die Wahlhilfe in Borna nehmen sie zwar als selbstverständlich hin, aber von Dank und Lohn wollen sie nicht wissen. So schrieb der „Vorwärts“ in einem seiner Wahltag-Triumph-artikel: „Wollte also die fortschrittliche Volkspartei nicht jeden Rest von politischem Kredit bei ihren eigenen Anhängern verlieren, so wird sie gut daran tun, sehr viel entscheidender als bisher die Front gegen Rechts zu nehmen und sich von einer Bundesbrüderschaft zu betreten, die sie nur aufs ärgste kompromittieren kann. Die Nationalliberalen aber überlasse man ihrem Schicksal! Einer „liberalen“ Partei, die es fertig bringt, sich mit Feuereifer für einen pechschwarzen Kandidaten vom Kaliber des Herrn von Liebert ins Zeug zu legen: einer solchen „liberalen“ Partei ist nicht mehr zu raten und zu helfen.“

Diese Würdigung der von fortschrittlicher Seite plötzlich so auffallend betonten Verdienste der Nationalliberalen um die Wahl der Genossen spricht nicht gerade für die Absicht des Umstürzers, in Stendal-Osterburg über den Nationalliberalen einzuspringen, selbst wenn er sich, wie Wachsofft de Wente, zum linken Flügel seiner Partei bekennt. Immerhin wird die Wiederwahl des konfessionarlichen Hoeßel, da die Teilnahme oder Stimmhaltung der Sozialdemokratie bei der Stichwahl den Ausschlag geben wird, durch den von fortschrittlicher Seite angebotenen Kuhhandel sehr in Frage gestellt werden.

### Ausland.

\* Jatskoje Selo, 28. März. Der Kronprinz und die Kronprinzessin sowie Prinz Karl von Rumänien sind heute nachmittag hier eingetroffen und auf dem Bahnhof vom Kaiserpaar und den anwesenden Großfürsten und Großfürstinnen hier herzlich begrüßt worden. Sie wohnen im Palais Alexanderowski.

\* Wien, 29. März. Unter dem Titel „Der deutsche Kaiser in Wien“ veröffentlicht der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza im Blatte „Magyombold“ einen Artikel, worin Kaiser Wilhelm als der getreue Verbündete und alte wirkliche Freund der ungarischen Nation bezeichnet wird. Es sei für die Ruhe und das Gedeihen unseres ganzen Weltteils eine Lebensfrage, daß der Dreihundert ungeführt fortbesteht. Graf Tisza bezeichnet es als unverfänglich, wie sich Ungarn finden könnten, die dieses Bündnis bekämpfen.

Wien, 28. März. Die „All. Korr.“ meldet aus Durazzo: Die albanische Regierung hat eine Zirkularnote an die Großmächte gerichtet, in der es heißt: Die griechische Regierung zieht ihre Truppen aus den zu räumenden Gebieten zurück, sendet aber Komitabschwärme dorthin, die von den griechischen Behörden organisiert und mit Waffen versehen werden. Die Lage in Epirus wird täglich bedrohlicher. Die griechischen Behörden haben die Errichtung einer provisorischen Regierung gebildet, was der stärkste Beweis dafür ist, daß die Athener Regierung mit den Vorgängen eigentlich einverstanden ist. Angesichts des bevorstehenden Ablaufs des Räumungstermins ersucht die albanische Regierung die Großmächte, ihren Einfluß bei der griechischen Regierung wegen Beendigung der bedauerlichen Lage geltend zu machen. Die albanische Regierung wird nur

untern Maßnahmen treffen, welche unliebsame Rückwirkungen auf die Lage auf dem Balkan herbeiführen können. Wir lehnen jede Verantwortung für eine neue Wendung der Dinge ab.“

**Drauzug, 28. März.** Als Hofstallmeister des Fürsten Wilhelm wird Rittermeister Adolf von der Lippe demnachst hier eintraffen. Er war zuletzt Eskadronchef in einem Mejer Dragoner-Regiment.

**Berlin, 30. März.** (Sohnnachrichten.) Seine Majestät der Kaiser ist heute an Bord der „Hohenzollern“ in Korfu eingetroffen. Wie gemeldet wird, führte die Fahrt der „Hohenzollern“ bei gutem Wetter zum Teil an der Küste entlang. Sonntag früh ließ der Kaiser an Bord Gottesdienst ab. Gegen 10 Uhr ließ die Kaiserliche Yacht unter Salut auf der Reede von Korfu ein. Der Kaiser empfing alsbald den Besuch der griechischen Königsfamilie, die seit Sonnabend in Korfu weilte. Später empfing der Kaiser an Bord der „Hohenzollern“ den deutschen Gefandten in Athen, Grafen von Soudy, und machte sodann dem griechischen Königspaar einen Gegenbesuch in königlichen Palais. Zur Mittagsstunde auf der „Hohenzollern“ war die gesamte griechische Königsfamilie geladen. Gegen 3 Uhr begab sich der Kaiser mit Gefolge im Automobil nach dem Achilleion, wo er Wohnung nahm. Beide Male wurde der Kaiser an Land von den Spitzen der Behörden empfangen, mit der deutschen Nationalhymne begrüßt und vom Publikum bejubelt. Die „Hohenzollern“ ging Sonntag abend nach Venedig in See, um dort die Kaiserin an Bord zu nehmen.

**Berlin, 29. März.** Die Brauereiarbeiter Berlins und Umgebung haben heute in einer Versammlung mit 2566 gegen 1230 Stimmen das letzte Angebot der Arbeitgeber abgelehnt und den Streik beschlossen. Sie fordern stündliche Arbeitszeit und jährliche Tarifwage, während die Arbeitgeber jede Arbeitszeitverkürzung ablehnen.

**Neustadt a. S., 29. März.** Die Haftentlassung des bayerischen Landtagsabgeordneten Eugen Berger erfolgte, wie die „Neue Bafische Landeszeitung“ meldet, ohne jede Begründung und Kautionstellung, also bedingungslos. Der Abgeordnete Berger begab sich nach Neustadt und wird wegen der gegen ihn unternommenen Maßregel den Klagenweg beschreiten.

**Edwardsberg, 28. März.** Durch den Oberstamtmann wurde der Gerber Vapp, der mit in die Wildbejagde verwickelt ist, in seiner Wohnung verhaftet. Dabei fand man ein Gewehr in der Ofenhöhle versteckt.

**Erfurt, 28. März.** Der deutsche Kronprinz, der gestern hier eintraf, fuhr heute früh mit den ihn begleitenden Generalstabsoffizieren nach Langensalza, wo eine militärische Inspektion stattfindet. Abends fuhr der Kronprinz nach Erfurt zurück. — Der hiesigen Polizei ging am Sonnabend die Nachricht zu, daß die drei Hausdiener, und zwar der 23 Jahre alte Heinrich Bobzien, der 19 Jahre alte Wilhelm Triemer und der im 24. Lebensjahre stehende Karl Kirchberg, am Freitag in Bonn verhaftet worden sind. Es ist ihnen nachgewiesen worden, die hier in letzter Zeit vielfach vorgekommenen Einbrüche und Diebstähle ausgeführt zu haben; sie haben sechs bereits eingetankten. — Von verschiedenen Thüringer Vätern wurde Schnee-fall gemeldet, der am Sonnabend stattgefunden hat. Die Höhen und Wälder bieten teilweise das Bild einer prächtigen Winterlandschaft.

**Großfugel, 26. März.** Die kirchliche Vertreibung und Verwahrung der hiesigen Partelle ist bis zur Wiederbeziehung, welche frühestens den 1. Januar 1915 erfolgt, von der vorgeordneten Behörde Herrn Pastor Hartwig in Röglist übertragen worden. Die Prüfung der Konfirmanden findet am Sonntag Judica statt, aber nicht, wie sonst üblich, früh um 9 Uhr, sondern nachmittags um 2 Uhr, da Herr Pastor Hartwig am Vormittag die Prüfung der Konfirmanden in Röglist abhält.

**Rafnig, 26. März.** Es scheint, als wenn wirklich die Deutsch-Sterreichische Bergwerks-Gesellschaft Ernst daraus machen will, in unserem Auengelande einen Kohlenbach zu errichten. Auf dem Landratsamt in Merseburg liegt ein Projekt zur Erschließung aus, um den zwischen Elster und Zuppe im Jitz-Zack sich hinziehenden Flutdamm in eine gerade Linie zu bringen, um bei Hochwasser den Fluten schnelleren Abzug zu verschaffen. Einprüfliche dagegen sind beim Landratsamt anzubringen. Auch beabsichtigt genannte Gesellschaft, die auf der Landstraße Burgbiehau—Merseburg gelegene Mulde noch mehr zu vertiefen und zu überbrücken, eine Arbeit, die die Gesellschaft mit Genehmigung des Fiskus auf ihre Kosten ausführen will. Diese Änderung wird wohl den Drischafren Burgbiehau und Lachau sehr willkommen sein, da beide Drischafren ihren Markthandel allmähentlich in Merseburg abhalten und bei Hochwasser den Weg in weitem Bogen über Amendorf machen mußten. Als vor Jahresfrist obgenannte Gesellschaft an die Drischafren, Ballendorf, Preshig, Wegwitz, Jöchen, Weßmar und Rafnig herantrat, um Unterhandlungen mit ihren Grundbesitzern anzuknüpfen, hielt man es für ganz unmöglich, in einem Auengelande, wo zwei Flüsse, wie Elster und Zuppe, in kaum einer halben Stunde von einander dahin laufen und bei Hochwasser einen großen See bilden, einen Kohlenbach zu errichten, und heute schon steht eine ganze Anzahl Gebäude und Schuppen da, weil hier Bergbauarbeiten vorgenommen werden, und weiterhin hört man durch die Lüfte das Zischen des Baggers, der einen ganzen Anzahl Hände Beschäftigung bietet. In späteren Jahren wird diese Arbeitsgelegenheit den umliegenden Drischafren mehr und mehr willkommen sein, da ihre Einkommen jetzt Stunden weit ihrer Beschäftigung nachgehen müssen.

**Gotha, 29. März.** Der deutsche Kronprinz ist in Gotha eingetroffen und hat im Schloßhotel Wohnung genommen.

**Eisenach, 29. März.** Der heutigen Anberichterung des

neuen Warburgbundes ging eine feierliche Feier voraus, welche ein farbenhaftes Bild landgräflicher Hofhaltung entrollte.

**Berlin, 27. März.** Am hier am Montag in Städtisch sah man am Abend zwei junge Mädchen umherstreifen und plötzlich gemeinsam in das Wasser springen. Die eine der Lebensmüden konnte von Passanten gerettet werden. Die andere ging mit der Strömung unter und ertrank. Die Gerettete gab an, sie heiße Wilhelmine Kreppe, sei 16 Jahre alt und komme aus Köln; ihre erkrankte Freundin, Augustine Denz, sei 20 Jahre alt. Beide hätten den Tod aus Furcht vor einer Strafgerichtsverurteilung gesucht, zu der sie heute in Köln geladen waren.

**Brud an der Mar, 28. März.** Heute früh hatten die beiden Hörer an der Montanistischen Hochschule, Sigismund Ritter von Karpinski und Bergadamer Kalkm von Wülfersbach aus Wülfsch-Bölen, ein Verbrechen begangen. Die Ursache war ein Streit beim Kartenspiel. Der erste Schuß trat Karpinski in den Kopf, der auf dem Wege ins Spital starb. Wülfersbach, drei Studenten und der intervenierende Arzt, alles junge, polnische Adlige, flüchteten. Der Staatsanwalt erteilt einen Haftbefehl.

**Oberhausen, 28. März.** Als heute auf der Eisenbahn die „Gute Hoffnung“ über drei Stunden lang dem Reigen des Gastwebers beschuldigt waren, brach die Staubecke ein und begrub die Arbeiter unter sich. Zwei erstickten und konnten nur als Leichen geborgen werden, der dritte wurde schwer verletzt.

**Frankfurt a. M., 29. März.** Großes Aufsehen ruft hier die plötzliche Dienst-Dispensation des bisherigen Leiters der hiesigen Sittenpolizei ein anderes Resort erhalten. Vor einiger Zeit schon tauchten Gerüchte auf, daß bei der Sittenpolizei Beamtenbesetzung vorgenommen seien, und es gelangte auch förmlich an die Staatsanwaltschaft eine anonyme Anzeige, in der ähnliches behauptet war. Daraufhin verlegte die Polizeibehörde die übliche Vernehmung der normalen Beamten Personen. Nebenbei schwebt ein Disziplinarverfahren gegen die Beamten, das diese selbst gegen sich beantragt hatten, und die Gerichte zu widerlegen. Noch vor wenigen Tagen wurde die Nachricht verbreitet, daß das Schwabener Verfahren bisher nicht das geringste gegen die Beamten ergeben hätte. Die Vernehmung einer Zeugin am Donnerstag ergab jedoch gegen Schmidt beständige Aussagen. Die Zeugin ist angeblich in Zusammenhang mit der zu einer traurigen Verurteilung gelangten Angelegenheit eines Bordells im Bahnhofviertel, und zwar soll es sich um Befragung handeln.

**Paris, 28. März.** Das fürchtbare Modelleur des Opiumrauchens und des Alkohols in Paris hat ein neues Opfer gefunden. Eine bekannte Herr Zangier, ein namens Germaine Bonan war in ihrer luxuriös eingerichteten Wohnung tot aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß sie infolge übermäßigen Opiumgenusses gestorben ist. Die Polizei erndete in ihrer Wohnung eine ganze Menge der schwersten narco-tischen Stoffe aller Art. Die Tängerin war erst vor einiger Zeit aus Appen zurückgekehrt, wo sie bei einem großen Feste der normalen Gesellschaft Zutritt an Tische der Narco-tischen hatte, von dem Schieber, der ihr mehrere kostbare Schmuckgegenstände zum Geschenk gemacht hatte, Tünze auf-führte.

**Leipzig, 28. März.** In vielen Lokalen und Tanzsälen wird neuerdings beim Spielen des „Mondscheinwunders“ oder des „Wedes“ (in der Nacht) die Beleuchtung auf kurze Zeit abgedreht oder ganz erloschen. Diese Maßregel ist durchaus unstatthaft, da erfahrungsgemäß häufig die Unterbrechung der Beleuchtung zur Verübung von Ungehörigkeiten ausge-nutzt wird. Die Behörden streiten gegen die Wirte und Besitzer der Lokale, in denen eine solche Abdrückung oder Dämpfung der Beleuchtung stattfindet, durch Verhängung eines förmlichen Aufschlusses ein.

**Berlin, 29. März.** Der Kaiserliche Wilhelm Regent, der wegen seines rabiaten Benehmens aus einer Verhaftung gemieden werden war, bedrohte draußen den Wirt und seine Gäste und gab einen Schuß aus dem Revolver ab, wobei jedoch niemand verletzt wurde. Dann ergriff er die Flucht. Der ihn verfolgende Schiefer Richard Julius wurde von Regentin erlöhnen. Der Täter kam in Haft.

**Gerdorf, 29. März.** Das hiesige Kreisgericht verurteilte einen Geisteskranken des Antierker-Regiments Nr. 49, der bei Gerdorf eine alte Frau vergewaltigt und sie so schwer mißhandelt hatte, daß die Unglückliche bald darauf starb, zu 5 Jahren und 2 Monaten Gefängnis.

**Berlin, 27. März.** Wegen unbefugter Annahmehaltung, verurteilt der 1. Strafkammer des Landgerichts 3 der Karlsruher Richter Emden-Bugge zu verurteilen. Der vielfach vorbestrafte Angeklagte beobachtete vor dem Grundstück der Eerdischen Waldschänke an der Franfurter Chaussee eine Frau, die dort mit einem Handwagen war, bis ihr ein Mann einen mit Kohlen gefüllten Sad über den Arm warf. Er meinte dies dem Fahrportier und gab sich als Kriminalbeamter aus. Mit dem Fahrer machte er den Dieb in der Person des Arbeiters Epre ausfindig, den er einem kurzen Verhör unterwarf. Dann ging er nach dessen Wohnung, wo er die Ehefrau antraf und dieser nun erklärte, wenn sie 8 M. bezahle, so wolle er die Sache niederlassen. Die Frau ludte in ihrer Angst ihre paar Grobshen zusammen und handigte dem Ge-presser 1 M. aus mit dem Bitten, die Frau nicht desir zu machen und ihre Kinder nun hungern müßten. Zwischen spielte sich auf dem Fahrgrundstück ein erschütternder Vorfall ab. Der Arbeiter Epre ging aus Furcht vor Bestrafung wegen des Diebstahls in einen Schuppen und erhängte sich. Die Anklage legt dem Bugge ferner einen Betrag zur Last, bei dem er sich gleichfalls als Kriminalbeamter ausgab. Auch als Gerichtsvolklicher trat er auf und verübte eine Frau Bolner gegen-über eine Erpressung, indem er mit Siegelmarken, die er von seinen eigenen gepfändeten Sachen abgerissen hatte, ihre Mobelstücke verpackte und unter der Drohung, diese abholen und vertiefen zu lassen, 11 M. von ihr forderte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 1 Jahr Gefängnis.

**Automobil-Chronik.** Gefahren nachmittag gegen 1/5 Uhr wurde vor dem Hause Potsdamer Straße 14, an welchem durch eigene Schuld, ein etwa 10 Jahre alter, unbekannter Knabe von einem Kraftomnibus der Linie 8 überfahren und auf der Stelle getötet. Der Verunglückte ist etwa 1.20 bis 1.25 Meter groß, hat dunkles Haar, dunkles, fariertes Jackett, einen braunen, wollenen Sweater, blaue Samthosen, schwarze Strümpfe und Schuhschuhe, war aber ohne Kopfbedeckung. Er trug ein Aufhängeschilder bei sich, mit dem er anstehend handeln wollte. Die Leiche des Jungen ist dem Schauhause ausgeführt worden.

**Lofales.**

**Merseburg, 30. März.** Morgen, Dienstag, abend 8 1/2 Uhr, findet in Rütles Hotel eine Sitzung des Ausschusses für ein Bismarck-Denkmal statt. An der Spitze des geschäftsführenden Ausschusses steht Herr Bürgermeister Dr. Saade.

**Städte-Feuer-Societät.** Es wurden ernannt der technische Sekretariats-Assistent Krotzig zum technischen Sekretär, der

Sekretariats-Assistent Malprid zum expedierenden Sekretär, die Bureau-Assistenten K. Ramprad und Böbler zu Sekretariats-Assistenten. — Bezeugt wurden die Sekretariats-Assistenten Böhler und Tränker, nach Halle, bezw. Erfurt zu den dortigen Ortsverwaltungen und zwar vom 1. April dieses Jahres ab.

**Meßberg und Eintommenseuer.** Morgen, Dienstag, läuft der Termin ab, bis wohin noch abgeänderte Erklärungen abgegeben werden können. Wer nun noch nicht richtig deklarieren hat und wird betroffen, hat Strafe zu gewärtigen.

**Jubiläum.** Übermorgen, am 1. April, sind es 25 Jahre her, daß der Proturist der Stadtbrauerei, Herr Sempel, in genanntem Etablissement tätig ist.

**Konfirmation.** Gestern fand in den Kirchen der einzelnen Gemeinden Konfirmation statt. Die Gottesdienste waren mit Andächtigen dicht gefüllt.

**Vor dem Untergang gerettetes Altertum.** Das Heimat-Museum wird demnachst um ein interessantes Stück bereichert werden. Vor einiger Zeit ließ Herr Stadtrat Barth im Gebäude der von Schilde-Wolffersdorffschen Stiftung (Unterlaltenburg) auf eine etwa 1 Meter hohe und ebenso breite, eiserne, sehr gut erhaltene Wetterfahne, künstlich ausgeführt. Das Original soll, wie eingangs erwähnt, dem Heimat-Museum überwiehen werden, während eine getreue Nachbildung für den Dachstuhl der genannten Stiftung vorgelesen ist. Die Fahne zeigt das kurfürstliche Wappen mit Kurzhelm und Kauenfranz auf, sowie die Jahreszahl 1627 und die Buchstaben S. O. S. C. S. C. Fast wäre das Altertum, dessen Wert nicht lediglich erkannt wurde, zum alten Eisen geworfen worden, wenn nicht Herr Stadtrat Barth seinen Wert noch rechtzeitig erkannt hätte; ergriff gebührt ihm Dank.

**Schmuck für das Krankenhaus.** Herr Regierungs- und Stadtrat Dehne hat in dankenswerter Weise aus Privatmitteln für das Krankenhaus eine Reihe kleiner Silber angefaßt.

**Die Postkassette** werden, wie üblich, vom 1. April an ab früh um 7 Uhr geöffnet.

**Postformulare.** Die Zahlartenformulare für Eingabungen im Postfachverkehr können vom 1. Juli ab auch von der Privatindustrie hergestellt werden. Den Druckereien wird jedoch empfohlen, hiermit vorläufig noch nicht zu beginnen, da eine Änderung des jetzigen Formulars bevorsteht. Auch die braunen Nachnahmefarben und Nachnahme-Postpatetadren mit anhängender Postanweisung oder Zahlkarte, die schon jetzt von der Privatindustrie hergestellt werden dürfen, werden geändert werden. Von der Herstellung oder Beschaffung größerer Vorräte an solchen Formularen ist daher zweckmäßig abzulehnen. Die Postverwaltung wird demnachst Musterformulare herausgeben, die alsdann von den Postfachämtern und Postanstalten bezogen werden können.

**Berein für Feuerbestattung.** In der Monatsversammlung am 28. März, an welcher Herr Vorsitzender, die sehr gut besucht war, wurde u. a. mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl erfreulicherweise bereits auf 241 gestiegen ist. Die Provinzialverwaltung findet am Sonntag, den 14. Juni, in Eilenburg statt. Der Provinzialvorstand teilt gleichzeitig mit, daß es zur Beschaffung des Leipziger Krematoriums der Erlaubnis der Verwaltung bedarf, die auch telephonisch von der Kapellenanlage aus nachgehrt werden kann; zweckmäßig ist es, die Mitgliederliste oder einen anderen Ausweis vorzulegen. Die Zuführung der „Flamme“ wird voraussichtlich vom 1. April, spätestens vom 1. Juli ab, direkt durch den Briefträger erfolgen; etwaige Beschwerden, die Zuführung betreffend, sind dann nicht mehr an den Vorstand, sondern an das hiesige Postamt zu richten. Die Angelegenheit mit dem Vortrag des Herrn Wolf ist noch nicht erledigt; möglichenfalls wird im Frühjahr ein öffentlicher Vortrag stattfinden. Um jedermann Gelegenheit zu geben, die innere Einrichtung eines Krematoriums kennen zu lernen, wird der Antrag eines bemittelten Krematoriumsbesitzer, das der Dresdener Stadtbauinspektor Herrsch entworfen hat. Die Anschaffungskosten hofft der Verein durch freiwillige Spenden der Mitglieder aufzubringen, zu deren Entgegnahme die Vorstandsmitglieder bereit sind. Der Vize-Verein ist durch den Berliner Verein auf die hiesige Einrichtung der Beihilfen aufmerksam gemacht worden und hat um das nötige Material zur Information gebeten. Es wird bei der Gelegenheit beschlossen, bei verschiedenen Versicherungsgesellschaften wegen Übernahme der Beihilfenzahlung gegen Bezahlung bestimmter Jahresbeiträge aus der Vereinstafel anzutragen. Mit der vom 15. Mai bis 30. September in Walmö stattfindenden „Baltischen Ausstellung“ ist eine Ausstellung für Feuerbestattung verbunden, die unter dem Protektorat des Kronprinzen von Schweden steht. Ein „Baltischer Tempel“, von Ferdinand Boberg und Karl Milles entworfen und ausgeführt und u. a. von der schweidischen Regierung finanziell unterstützt, soll neben einem Urnenrain der Stadt Koppenhagen den heutigen Stand der Feuerbestattung und der Grabmalbaukunst vor Augen führen. Auf der Ausstellung tagt zugleich am 31. August und 1. September der 6. Weltkongress für Feuerbestattung. Der hiesige Verein wird dem Ausstellungs-komitee seine Druckfachen übergeben. Bei der Beratung des Geschäftsordnungs-Entwurfes für die deutschen Verbands-tage werden einige Änderungsanträge behufs Vereinfachung der Geschäftsführung beschlossen. Aus den Mitteilungen, die teilweise eine lebhafte Aussprache herbeiführen, ist zu erwähnen, daß kirchlich hier die Asche eines Sohnes im Grabe der Mutter beigesetzt worden ist, daß also auch hier jetzt die Feuerbestattung die Möglichkeit gewährt, liebe Angehörige im Tode wieder zu vereinen. Ferner wird mitgeteilt, daß bei dem Antrag der preußischen Vereine auf Abänderung des Feuerbestattungsgesetzes in der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses von Merseburg und Umgebung, welche zu dem großen und freien Kundenkreis der Firma Geschw. Loewendahl in Halle zählen, werden hiermit benachrichtigt, daß alle Neuesten für Frühjahr und Sommer eingetroffen sind. Es ist wieder für jeden Geschmack und jede Figur geeignet; — auch starke und stärkste Damen finden Kostüme, Mäntel, Ballets, Kleider, Mäntel und Hüde.

# Die vielen Damen

in reichster Auswahl. Durch den großen Konsum und die damit verbundenen Vorteile beim Einkauf ergeben sich die billigsten Preise bei dieser Firma von selbst, schöne, solide Ware wird hier bekanntlich nur gefertigt, und daß dem Käufer gewissenshaft das Zweckmäßige und Kleinstmögliche empfohlen wird, weiß jede Dame, die bei Geschw. Loewendahl einmal gekauft hat; was man hier verkauft, soll dem Käufer Vergnügen bereiten so lange es getragen wird. Deshalb wird die Firma ihren Ruf als zuverlässige und vorteilhafte Kaufquelle stets behalten und befestigen.

von Merseburg und Umgebung, welche zu dem großen und freien Kundenkreis der Firma Geschw. Loewendahl in Halle zählen, werden hiermit benachrichtigt, daß alle Neuesten für Frühjahr und Sommer eingetroffen sind. Es ist wieder für jeden Geschmack und jede Figur geeignet; — auch starke und stärkste Damen finden Kostüme, Mäntel, Ballets, Kleider, Mäntel und Hüde.





# Sommerpreise



für

## Presssteine und Briketts

sind eingetreten und bitte um geschätzte Bestellungen.

### Eduard Klauss.

Fernruf 27.

Kontor Windberg 3.



## Tapeten,

Lincrusta,  
Wandspannstoffe,  
in allen Preislagen.

## Linoleum,

einfarbig, Granitfand durchgemustert.

Uebnahme von Tapezier-, Polster-  
— und Dekorationsarbeiten. —

### H. Stadermann, Merseburg.

Fernruf 277.

Fernruf 277.

### Künstlertapeten- Neuheiten 1914

Druckfarben, lichtbeständig.  
Grösste Auswahl. Billigste Preise.

Vorjährige Muster  
bedeutend ermässigt.  
Zurückgesetzte Muster  
à Rolle v. 10 Pfg. an.

### Hermann Bencke,

Tapeziermeister,  
Burgstr. 15. Burgstr. 15.  
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.



ersetzt Kupfervitriol und Formalin  
und beeinträchtigt die Keim-  
fähigkeit nicht.

Niederlage nur bei:  
**Eduard Klauss,**  
Merseburg. Fernruf 27.

**Slavierstimmen**  
sowie Reparaturen zu mässigen  
Preisen führt aus **Rudolf  
Meckert, Ober-Burgstr. 11.**

**F. A. Hoppen,**  
**Patentanwalt**  
Halle a. S., Leipzigerstr. 9.  
Telephon 4538.  
Berlin, Neuenburgerstr. 15.

### Blumen fürs Fest

empfiehlt  
in hervorragend schöner Ware und  
reichster Auswahl zu mässigen Preisen  
die **Blumenhandlung** von

### Albert Trebst,

Markt 33. Fernruf 475.

Wohne jetzt

### Rossmarkt 13<sup>I</sup>

### Dr. med. Boettcher, prakt. Arzt.

Sprechstunden: 8—10 Uhr, 2—3 Uhr,  
Sonntags 9—10 Uhr.

Telephon 478.

Telephon 478.

## Persil

für  
**Kinderwäsche**

Henkel's Bleich - Soda

Aufmerksame  
Bedienung.

Mässige  
Preise.

### Karl Zänzer

Merseburg. Adolf Schäfers Nachf. Entenplan 7

Spezialgeschäft

für

(185

Herren-Wäsche  
Tricotagen, Shlipse.

Wäsche-Anfertigung in eigenen  
Arbeitsstuben.

Fernspr. 259.

Solide  
Qualitäten.

Grosse  
Auswahl.

Die Ausgabe des Rübenamens an unsere  
Lieferanten erfolgt am 6., 7. und 8. April.  
Zuckerfabrik Rörbisdorf, A. G.

## Berichtigung

zu dem Artikel „Ein interessanter Prozess“  
in Nr. 74 des Merseburger Correspondent.

Die gerügte Unsitte, betr. Umherstehen auf den Strassen, besteht in der Tat in der kleinen Ritterstrasse. Mit dieser Unsitte habe ich aber nicht das Geringste zu tun. Der fragliche Vorfall hat sich in der Gotthardstr. abgespielt, in der zu jeder Zeit, mit Ausnahme der Nachtstunden, ein reger Verkehr herrscht. Die ganze Sache, Zusammenstoss mehrerer Personen, wäre auch nicht passiert, wenn der Angeklagte, Werkmeister Otto Döbber, die selbstverständliche Regel des Strassenverkehrs, die rechte Seite zu begehen, befolgt hätte. Der Sachverhalt, der im Correspondent unrichtig wiedergegeben ist, ist folgender: „Am 19. Januar d. J. kam ich mit mehreren Bekannten abends gegen 8 Uhr die Gotthardstr. entlang. Vor der Papierhandlung von Bruns begegnete mir, der Werkmeister Herr Otto Döbber von hier und stiess mich ohne jede Ursache zur Erde. Im Fallen äusserte ich: „Sie alberner Mensch“, worauf mich Herr Döbber 2 mal in's Gesicht schlug. So und nicht anders hat sich der Vorfall zutragen, den zuerst der Angeklagte und jetzt der Correspondent zu verdrehen sucht; dass das Hinstossen absichtlich, nicht etwa versehentlich geschehen ist, hat ein Zeuge unter Eid vor Gericht bekundet. Der Angeklagte hatte nicht die geringste Ursache, mich nach dem Hinstossen noch ins Gesicht zu schlagen. Mir kann nicht verdacht werden, dass ich meinem Unwillen über den tätlichen Angriff Ausdruck gab. Warum der „Correspondent“ mein Alter nicht richtig angibt, ist mir unerklärlich. Es ist auch unwahr, dass der Angeklagte freigesprochen ist. Er ist vielmehr **der Körperverletzung für schuldig** befunden, aber mit Rücksicht auf die von mir getane Aeusserung für straffrei erklärt worden. Die Kosten sind jeder Partei zur Hälfte auferlegt. Der Angeklagte ist es auch, der auf seine „Ehrenämter“ pocht, die ihn aber nicht abhalten, sich auf der Strasse unangemessen zu benehmen. Der Ton im Artikel des „Correspondent“ hat Andere und mich überrascht, ein Blatt, das anderen Leuten ihren Bildungsgrad vorhalten zu dürfen glaubt, möge zunächst einmal seinen eigenen Bildungsgrad gebührend abmessen.

### Alfred Gieseke.